VON HAUSARZT ZU HAUSARZT

Dr. Gerd W. Zimmermann
Facharzt für
Allgemeinmedizin
Kapellenstraße 9,
D-65719 Hofheim

Reha-Sport neu geregelt

— Die Rahmenvereinbarung über den Rehabilitationssport und das Funktionstraining wurde überarbeitet und tritt mit ihren Änderungen zum 1. Januar 2011 in Kraft. Die wichtigsten Änderungen betreffen die Angaben über die Leistungsdauer. Diese haben einen Klammerzusatz erhalten (Richtwert) womit die Aufhebung einer Leistungsbegrenzung deutlich gemacht werden soll (Kapitel 4.1). Darüber hinaus gibt es als neuen Bestandteil des Rehabilitationssports die „Übungen zur Stärkung des Selbstbewusstseins“ (Kapitel 4.1). Die Indikationen, für die Rehabilitationssport in Herzgruppen verordnet werden kann, sind erweitert worden (Kapitel 4.4.2) und weitere Verordnungen müssen künftig begründet werden (Kapitel 15.2, Nr. 5).

MMW Kommentar

Wichtig: Die bisherigen Formulare können noch für das 1. Quartal 2011 verwendet werden. Wegen der vielen Änderungen findet aber eine Überarbeitung des Vordruckes statt. Hintergrund für die Änderung der Rahmenvereinbarung ist ein Urteil des Bundessozialgerichts vom 17. Juni 2008 (B1KR31107R), wonach eine Beschränkung der Leistungsdauer des Funktionstrainings nicht zulässig ist. Der Text und eine Synopse mit den einzelnen Änderungen ist auf der Internetseite der KBV unter <http://www.kbv.de/vl/23618.html> bereitgestellt.

So läuft die Plausibilitätsprüfung

— Bei der zeitbezogenen Plausibilitätsprüfung werden anhand der abgerechneten Leistungen sogenannte Tages- und/oder Quartalsprofile erstellt. Für die einzelnen Leistungen des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (EBM) sind dabei Prüfzeiten hinterlegt, die in diese Profile einfließen. Eine Auffälligkeit liegt vor, wenn die so ermittelten Zeiten die als plausibel vorgegebenen Arbeitszeiten überschreiten.

Eine Arbeitszeit von 12 Stunden/Tag und 780 Stunden/Quartal gilt als plausibel. Neben den zeitbezogenen Plausibilitätsprüfungen, die die Einhaltung bzw. Überschreitung der als plausibel geltenden Arbeitszeiten zum Gegenstand haben, wird auch geprüft, ob verschiedene Praxen eine auffällig hohe Patientenidentität haben. Hier gelten die Praxen als auffällig, in denen von fachgleichen Ärzten mehr als 20% gemeinsame Patienten festgestellt werden bzw. fachübergreifende Praxen, in denen mehr als 30% der Patienten in beiden Praxen behandelt wurden.

Neben der sozialrechtlichen Komponente kann die Überschreitung der Zeitprofile auch den Verdacht begründen, dass abgerechnete Leistungen gar nicht oder nicht wie vorgeschrieben erbracht wurden. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die abgerechneten Leistungen an einem Tag 24 Stunden überschreiten. In diesen Fällen besteht der Verdacht des Abrechnungsbetruges, in welchem die Staatsanwaltschaft ermittelt.

MMW Kommentar

Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Plausibilitätsprüfungen kommen immer wieder auf. Dabei sollte beachtet werden, dass fehlerhafte Abrechnungen Einzelner auf Kosten der Allgemeinheit der Vertragsärzte gehen. Deshalb wird das aufgrund der Honorarberichtigungen nach Plausibilitätsprüfungen zurückgeforderte Honorar auch wieder in den Honorarkreislauf zurückgeführt.

Bescheinigungen bezahlen lassen

— Patienten verlangen nicht selten in der Praxis Bescheinigungen für Schule, Sportverein oder Ausbildungsstätte. Solche Leistungen sollten nicht gratis abgegeben werden, da dies als Verstoß gegen das Werbeverbot in der Berufsordnung gewertet werden kann. Wird beispielsweise die Anwesenheit des Patienten für einen bestimmten Zeitraum in der Praxis bescheinigt, kann dem Patienten eine Rechnung nach GOÄ-Nr. 70 ausgestellt werden. Dabei ist es zweckmäßig, den gesetzlich versicherten Patienten darauf hinzuweisen, dass er die Kosten für diese Bescheinigung selbst tragen muss. Private Krankenversicherungen sind ebenfalls nicht verpflichtet, die Kosten für solche Wunschleistungen, die nach §12 der GOÄ

als solche auf der Rechnung zu kennzeichnen sind, zu übernehmen.

MMW Kommentar

Verlangt der Patient Kopien von Befunden oder der Behandlungsdokumentation, ist keine Gebühr nach GOÄ berechnungsfähig. Zum Ansatz kommen aber die fälligen Auslagen für die Kopien und ggf. Portokosten. Die Bemessung kann sich an den so genannten „marktüblichen Verhältnissen“ orientieren (0,50 Euro bei bis zu 50 Kopien und für jede weitere Kopie 0,15 Euro). Bei Kopien in Verbindung mit einem Gutachten nach den Nrn. 80, 85 oder 90 GOÄ kann die Nr. 96 GOÄ mit 0,17 Euro je Kopie berechnet werden.